

rich Engels sowie seine ausgedehnte Agitationsreise in die USA im Herbst 1886. Wie nicht anders zu erwarten, widmet sich der Autor überdies der Vereinigung von ‚Lassalleanern‘ und ‚Eisenachern‘ in Gotha 1875, an der Liebknecht einen maßgeblichen Anteil hatte. Als „spiritus rector und Hauptverantwortlicher“ (S. 225) der Vereinigung und des dabei entstandenen Programms zog er die Kritik von Marx und Engels auf sich, die ihm die dort getroffenen Kompromisse ebenso wenig verziehen wie später die Gralshüter des Marxismus-Leninismus in der UdSSR und der DDR. Gegenüber allen ‚scholastischen Interpretationen‘ von ehemals betont hingegen Schröder Liebknechts Verdienste um diese Vereinigung, die er in dem Satz kenntlich macht: „Die sozialistische Arbeiterbewegung Deutschlands war 1874/75 der Überlebensträger der sozialistischen Bewegung zumindest für Europa“ (S. 253). Angesichts des großen – hin und wieder auch pedantisch erscheinenden – Recherchenachweises, wann und wo genau denn Liebknecht in jenen Wochen den Kompromiss von Gotha in die Wege leitete, wäre es umso zielführender gewesen, wenn der Autor einige der Programmpunkte und die darauf folgende Kritik von Marx („Randglossen“) benannt hätte. So wäre deutlich geworden, dass zentrale Positionen des Programmkompromisses wie die Forderung nach einem ‚freien Staat‘ (Freistaat!), nach demokratischen Wahl- und Grundrechten und einem genossenschaftlichen Umbau der Wirtschaft weit zukunftsfähiger waren als die von Marx stattdessen avisierte ‚revolutionäre Diktatur des Proletariats‘, ganz zu schweigen von seiner abschätzigen Kritik an den genannten Grundrechten („demokratische Litanei“) und seiner Polemik gegen ein Verbot der Kinderarbeit (!), wie es das Gothaer Programm der vereinigten Partei forderte.

Solche wenigen Leerstellen vermögen jedoch das Gesamtbild dieser letzten, posthumen Studie nicht zu beeinträchtigen. Beide Bände bilden vielmehr den bemerkenswerten und auch würdigen Schlussstein eines Werkes, das in seinen wesentlichen Bestandteilen die Geschichtsschreibung über die Frühzeit der Arbeiterbewegung in Sachsen und Leipzig erheblich befruchtet und vorangebracht hat.

Dresden

Mike Schmeitzner

WIGBERT BENZ, Hans-Joachim Riecke, NS-Staatssekretär. Vom Hungerplaner vor, zum „Welternährer“ nach 1945, Wissenschaftlicher Verlag, Berlin 2014. – 127 S., brosch. (ISBN: 978-3-86573-793-9, Preis: 19,00 €).

Er war einer der letzten und jüngsten Träger des Königlichen Militär-St. Heinrichs-Ordens: Am 20. Juni 1899 als zweiter Sohn der Dresdener Eheleute Friedrich Hermann und Alice Riecke, geb. Osterloh geboren, ‚streng preußisch‘ vom Hausburschen seines Vaters zum Stammhalter erzogen, war es der frühe Wunsch Hans-Joachim Rieckes, Berufsoffizier zu werden. Den Standortwechseln Hauptmann Rieckes sen. folgten die Schulwechsel des Sohnes: Riesa, Berlin, Schneeberg und Leipzig. Ohne Schulabschluss rückte der Sohn aus der Obersekunda als Kriegsfreiwilliger 1914 zum Kgl. Sächs. Infanterieregiment 104 ein, wurde 1915–17 zum Unteroffizier und nach einer Kriegsverletzung zum Leutnant der Reserve befördert. Das Kriegsende erlebte er als Werbeoffizier für das Freikorps Hülsen, danach war er mit der ‚Eisernen Division‘ des Majors Josef Bischoff im Baltikum, deren militärisch-politische Stoßrichtung die „Abwehr des Bolschewismus“ (S. 16) war. Riecke betont in seinen *Erinnerungen* (H.-J. RIECKE, *Erinnerungen*, [Koblenz, ca. 1960]) dass seine 1918/19 geprägte „Abneigung gegen alles Bürgerliche“ (S. 17) auch als Führer der mitteldeutschen Gruppen der paramilitärischen Organisation Bund Oberland 1920/21 noch verstärkt wurde.

Ohne Abitur und nach einer abgebrochenen landwirtschaftlichen Ausbildung auf dem Rittergut derer von Sternburg (Lützschena) begann Riecke 1921 ein verkürztes

Studium an der Universität Leipzig, das er 1925 als Diplomlandwirt mit Zusatzqualifikation in Pflanzenzucht und spezialisiert auf Grünlandwirtschaft abschloss. Es folgte ein Praktikum auf einem staatlichen Versuchsgut bei Straubing und 1925 die Festanstellung bei der Landwirtschaftskammer in Münster.

Zuvor besiegelte er seine politische Orientierung aus der Zeit des „Deutschen Kampfbunds“ durch den Eintritt in die NSDAP. Privat festigte er seine Beziehung durch die Eheschließung mit Hildegard Schwarze. Aus der Ehe gingen vier Kinder hervor. Seine Frau trat später ebenfalls der NSDAP bei und gehörte der Münsteraner NS-Frauenschaft an, wo sie gesellschaftlich „in der geistigen Oberschicht“ (S. 20) gut vernetzt war. Hans-Joachim Riecke avancierte in die SA-Führung (1929), die NSDAP-Gauleitung Westfalen-Nord (1931–1933), wurde Geschäftsführer des Vereins für Wiesenbau, Moor- und Heidekulturen, des Silorings Westfalen und veröffentlichte den Ratgeber *Rationelle Grünlandwirtschaft*, nachdem er 1930 zum Landwirtschaftsrat mit Abteilungsleiterfunktion (bis 1933) aufgestiegen war.

Einen doppelten Karrieresprung machte Riecke 1933: Reichskommissar für Schaumburg-Lippe und infolge der Landtagswahlen vom 15. Januar 1933, des Ermächtigungsgesetzes vom 23. März 1933 und der Gleichschaltungsmaßnahmen Landespräsident des Kleinstaates Lippe (Detmold) mit der Dienstbezeichnung Staatsminister. Bis 1935 bestimmte er damit die „Richtlinien der Landespolitik“ (S. 23 u. Anm. 29) im Auftrag des Reichsstatthalters und Gauleiters Alfred Meyer. Riecke übernahm innerparteilich die Aufsicht über die NSDAP (Gaunspektor), um Flügelkämpfe zu beenden. Als Verwaltungsfachmann erwirkte er beim Reichsfinanzministerium die Entschuldung der Landesbank nach Vereinbarung einer Kreditsperre und es gelang ihm 1935, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch die Ansiedlung von Wehrmachteinrichtungen abzusichern. Als ihm aus dem ‚Fall Fechenbach‘ – Jude, Pazifist, Sozialist und Demokrat, bei dem von Riecke angeordneten ‚Häftlingsverschub‘ aus der Haft in Detmold ins KZ Dachau „auf der Flucht erschossen“ (S. 25, Anm. 33) und nicht enden wollenden Gerüchten über sein Privatleben – auch parteiintern Ärger ins Haus stand, wurde er von seinen Gönnern aus der Schusslinie genommen und als Ministerialdirektor ins Reichsernährungsministerium nach Berlin berufen (1936–1939). Seinem Ressort waren in Berlin zugeordnet: Meliorationen, Domänenbewirtschaftung, Siedlungsmaßnahmen, Flurbereinigung, Grundstücks-, Verkehr- und Wasserwirtschaft. ‚Liberalistische Spielregeln‘ wurden dem ‚Staatsgedanken von Blut und Boden‘ geopfert, d. h. landwirtschaftliche Grundstücke sollten künftig in die Hände der *wertvollsten Blutstämme unseres Volkes gelangen* (Programmschrift, 1937). Parallel hierzu bekleidete Riecke (im Nebenamt) die Funktion des Vorsitzenden der Reichsstellen für Landbeschaffung und Umsiedlung im Zuge der Landbeschaffung für Truppenübungsplätze und Flugplätze und der weitreichenden Aufgabenzuordnung der Reichsstelle für Umsiedlung von Landwirten.

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges trifft man Riecke erneut als Kriegsfreiwilligen an: Kommandeur des I. Bataillons des 18. Infanterieregiments am Westwall unter Oberst Edler von Daniels an Somme und Loire, ‚genoss‘ Riecke eine Ausbildungszeit als Auszeit bis März 1941, als die Verlegung nach Ostpreußen (Bartenstein) anstand. Dienstlich erhaltene Lageschilderungen, Berichte über Truppenbewegungen und Ausrüstung der Roten Armee zeigen, *daß man höherenorts eine Auseinandersetzung mit Rußland erwartete*. Für Riecke stand damit eine neue Tätigkeit im Fokus: Er wurde am 12. Juni 1941 zum „Kriegsverwaltungschef beim Wirtschaftsstab Ost, Chefgruppe Landwirtschaft“ (S. 36) in einem „generalsgleichen Beamtenrang“ (S. 37, Anm. 66) mit fachlichem Weisungsrecht für die Kriegswirtschaft zur Umsetzung der Berliner Richtlinien vom 23. Mai 1941.

Ein als ‚Hungerplanungen‘ bekannter Maßnahmenkatalog sollte sicherstellen, dass 8,7 Millionen Tonnen Getreide jährlich aus dem Land gepresst werden konnten – unter Inkaufnahme einer Hungersnot bei der einheimischen Bevölkerung: Eine vorbereitete ‚Gelbe Mappe‘ (Landwirtschaft) und eine ‚Grüne Mappe‘ (Wirtschaftsführung) sollten für die Kriegsdauer die Ernährung und Versorgung der deutschen Wehrmachtsteile und der rückwärtigen Zivilbevölkerung unter Einbezug von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern im Reichsgebiet sicherstellen. Neben den Ernährungs- sollten auch die Mineralölreserven ausgebeutet werden. Folgende Prioritäten wurden gesetzt: 1. Wehrmacht, 2. Heimat, 3. Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete, 4. sowjetische Kriegsgefangene. Ergänzt wurde diese Liste durch den ‚Judenrationserlaß‘ vom 18. September 1942. Die Bilanz von ‚Rieckes Apparat‘ 1941–1944 bestand aus dem Raub von ca. 7 Millionen Tonnen Getreide, 750.000 Tonnen Ölsaaten, 600.000 Tonnen Fleisch und 150.000 Tonnen Fette, um die „Versorgungslage des deutschen Volkes auf der bisherigen Höhe“ (S. 46) zu halten. Riecke wurde dafür mit dem Ritterkreuz in Silber mit Schwertern (1943) ausgezeichnet, zum Staatssekretär befördert (1944) und mit seiner Aufnahme in die SS (1944) durch Heinrich Himmler persönlich und rückwirkend zum SS-Gruppenführer ernannt. Weil Riecke selbst bis zum Ende der Regierung Dönitz am 23. Mai 1945 ‚diente‘, verwundert, wie es ihm gelungen ist, sich zum Widerstandskämpfer zu stilisieren, seine durch Robert M. W. Kempner formulierte Anklageschrift im Wilhelmstraßen-Prozess nicht zum Aufruf zu bringen und seine Entnazifizierung (1949–1954) mit einem Gnadenbescheid des hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn (SPD) als ‚Mitläufer‘ abschließen zu lassen. Er hatte nach kurzzeitiger Internierungshaft bereits 1951 beim Hamburger Handelsunternehmen Alfred C. Toepfer, der „alten Kameraden“ und „gescheiterten Existenzen des Dritten Reiches“ (S. 105) ein neues Tätigkeitsfeld ohne Rücksicht auf den Ausgang der Entnazifizierung vor dem OVG Hamburg anbot, gefunden. Hier wirkte er als „ideologiefreier Experte für Ernährungsfragen“ (ebd.), Fachgutachter für John Boyd Orr (FAO) und Inhaber der Prokura bis 1970. Bereits 1958 sah er zur Integration der westlichen Agrarwirtschaft nur die planwirtschaftliche Kolchose nach sowjetischem Vorbild.

Wigbert Benz betont abschließend, dass Riecke in seinen *Erinnerungen*, Schriften und Reden zwar seine eigene Rechtfertigung betreibt, seine Aussagen zur NS-Karriere auch Auslassungen aufweisen und er aber „auf direkte Lügen im Sinne des Erfindens von Fakten [...] verzichtet“ (S. 110). Die Quellenlage ist allerdings so gut, dass sie solcher Mythenbildung standhält.

Wolfratshausen

Willi Eisele

ULRIKE SCHULZ, Simson. Vom unwahrscheinlichen Überleben eines Unternehmens 1856–1993, Wallstein-Verlag, Göttingen 2013. – 464 S., 39 Abb., geb. (ISBN: 978-3-8353-1256-2, Preis: 34,90 €).

Wer in der Beurteilung einer Person oder eines Gegenstandes voreingenommen ist, tut gut daran, die eigene Befangenheit einzugestehen und sich in bewusster Zurückhaltung zu üben. Dem Rezensenten geht es bei dem hier vorzustellenden Titel in Ansätzen so. Zwar ist er mit der Autorin weder verwandt noch verschwägert, jedoch hat er auf einem hier schon auf dem Schutzumschlag abgebildeten ‚Star‘ (Werksbezeichnung: SR 4-2) das Mopedfahren gelernt und ist den Suhler Kleinkrafträdern bis heute in Sympathie verbunden. Da Ulrike Schulz den bereits vorhandenen, bebilderten Modellgeschichten motorisierter Fahrzeuge aus ostdeutscher Produktion keine weitere Konkurrenzveröffentlichung hinzugefügt, sondern vielmehr ihre preisgekrönte wirtschaftshistorische Dissertation publiziert hat, können private Liebhabereien von